

Ein Leben nach dem Endlager als Endlösung - Teil 5

- bitte gern weiterleiten -

Im Teil 1 brachten wir einzelne Zitate aus den Film-Reise-Berichten.

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ein-Leben-nach-dem-Endlager-als-Endl%C3%B6sung-Teil-1.pdf>

Im Teil 2.3 und 4 brachten wir weitere Meldungen vornehmlich zur Endlagerung.

Teil 2: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ein-Leben-nach-dem-Endlager-Teil-2.pdf>

Teil 3: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ein-Leben-nach-dem-Endlager-als-Endl%C3%B6sung-Teil-3.pdf>

Teil 4: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ein-Leben-nach-dem-Endlager-Teil-4.pdf>

(Ergänzung zu 4: Mit den Unterzeichner*innen des Positionspapier „Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle“ von der Atommüllkonferenz, einem regelmäßigen bundesweiten Treffen von Initiativen, Umweltverbänden und kritischen Wissenschaftler* innen: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Unterzeichner-Positionspapier-Anti-Atom-Konferenz.pdf>)

Wir bringen nun im Teil 5 wiederum weitere Meldungen vornehmlich zur Endlagerung:

Vorweg:

Atomausstieg gab's nie - Wasserstoffproduktion mit angeblich sicheren Kernkraftwerken nennt sich in Deutschland »Energiewende«

Nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um Fahrverbote haben die Diskussion über alternative Energien neu aufleben lassen. Allgemein geht man davon aus, dass die Zukunft erneuerbarer Energie aus Sonne und Wind gehört. Saubere Elektromobilität, so die Vorstellung. Ist das tatsächlich so? Welche Rolle spielen die Wasserstofftechnologie und in diesem Zusammenhang trotz Energiewende die Kernenergie? Welche Schritte wären notwendig, wie genau kann eine tatsächlich auf Wind und Sonne basierende, für die gesamte Menschheit zukunftsfähige Energiewende erreicht werden? Wie glaubhaft ist der deutsche Ausstieg aus der Atomenergie? Um all diese Fragen zu beantworten, ist es notwendig, sich etwas umfassender mit der deutschen Geschichte der Wasserstofftechnologie und deren

Akteuren und Zielen zu befassen. Nukleare Wasserstoffproduktion hat in Deutschland Geschichte: Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Idee vom Atomphysiker Rudolf Schulten verbreitet.

International wird diese Technik als »die« Schlüsseltechnologie für die Energiewende gesehen – weg von fossiler Energie, hin zu CO₂-freier, hauptsächlich nuklearer Energieerzeugung. Seit den 1930er Jahren ist bekannt, dass Wasserstoff nicht nur ein Energiespeicher sein kann, sondern auch einer der wichtigsten Grundstoffe für die Herstellung z. B. von essbaren Fetten aus Kohle, für die Herstellung von Stahl aus Erz ohne Zuhilfenahme von riesigen Mengen Koks, für die Pharma- und die Nahrungsmittelindustrie ist.

Der Fahrplan zur Einführung der Atomenergie wurde 1953 als »Atomic Energy for Peace« auf einer Konferenz der Vereinten Nationen abgestimmt und führte zur Gründung der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO). Als Auftakt zur globalen Energiewende gilt die Klimakonferenz 1992 in Rio unter der Ägide des Hauptberaters Stephan Schmidheiny. Er bezeichnete die angestrebte Energiewende in seinem gleichnamigen Buch genauer als »Kurswechsel«. In ihm beschrieb er die zukünftige Wasserstoffwirtschaft mit nuklearer Wasserstoffherzeugung mit dem Hochtemperaturreaktor als »wirklich sichere Kernenergie«.

Seit Rio verbreitete sich dieser Gedanke über Schlagwörter wie »Agenda 21«, »Nachhaltigkeit«, »Weltfrieden« und nicht zuletzt das Wort »Energiewende« selbst wie ein Virus bis in die kleinsten Ecken der Umweltorganisationen. Die Keimzellen der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung in der Europapolitik hießen »Ecoropa« (Europäische Ökologische Aktion) und »PEACE« (Platform of Ecopolitical Action for a Peaceful Change of Europe). Die Namen erinnern – zufällig? – an »Atomic Energy for Peace«.

In der Folge von Rio nahm 1998 die erste »rot-grüne« Bundesregierung für sich in Anspruch, den Atomausstieg und damit die Energiewende in Deutschland eingeleitet zu haben. Ein gleichzeitiger Ausstieg aus Euratom wäre konsequent gewesen, wurde aber auch unter Rot-Grün nicht ernsthaft betrieben. Euratom überschlägt sich bis heute mit den beteiligten deutschen Forschungsinstituten und Universitäten vor Begeisterung über die Nuklearwasserstofftechnik »made in Germany«. »Raphael« und »Hytec« hießen die unter dem grünen »Atomausstiegsminister« Jürgen Trittin initiierten Nuklearwasserstoffprojekte. Auch unter der »rot-grünen« Regierung wurde über ein halbes Dutzend Atomprojekte in Brasilien, Argentinien, China und anderen Ländern für circa zwei Milliarden DM subventioniert. Die große Koalition machte bei den europäischen Staaten weiter. Getreu der Forderung des Industriellen Hermann Josef Werhahn: »Umsteigen statt Aussteigen!«

Josef Fischer und Gerhard Schröder organisierten den Gasnachschieb für die Brückentechnologie »Wasserstoffproduktion aus Erdgas« über die Pipelines »Nord

Stream«, »South Stream« und das Projekt »Nabucco«. Bezahlt wurden die Expoliker vom russischen Staatschef Wladimir Putin, von RWE und dem österreichischen Ölkonzern OMV. Die Verfechter der nuklearen Wasserstoffwirtschaft mit Hochtemperaturreaktoren bezeichnen sich selbst ganz offen als »HTR-Community« – schon diese Wortwahl lässt an eine Sekte denken.

Ein weiteres Merkmal ist die Geheimhaltung, die diese Technik umgibt. Unfälle werden vertuscht und geleugnet, eine offene Diskussion über Nachteile oder Schwachstellen wird nicht zugelassen, würde doch dadurch die »Sache« gefährdet. Prominente Kämpfer für die Kugelhaufentechnologie waren oder sind Politiker und einflussreiche Industrielle, allen voran Hermann Josef Werhahn, Stephan Schmidheiny und natürlich der Erfinder Rudolf Schulten (siehe Randspalte).

Die Community besteht nicht nur aus Einzelpersonen, sondern auch aus den Lieferanten der Schlüsselkomponenten, z. B. die Firma SGL-Carbon (beherrscht von BMW gemeinsam mit VW) für die Graphitkugeln mit den Kernbrennstoffen. Vielfältige Verbindungen bestehen direkt durch Vorstände von VW (Kurt Lotz) und BMW (Eberhard von Koerber, später Vorstand und Aufsichtsrat von ABB und zuletzt Aufsichtsrat bei Werhahn), die auch bei BBC bzw. ABB in die Hochtemperaturtechnik mit dem Kugelhaufenreaktor involviert waren. Koerber war nebenbei auch Präsident des Club of Rome. Berater der »rot-grünen« Regierung waren ebenfalls Mitglieder der HTR-Community, wie Professor Kugeler (Nachfolger von Schulten) und Fritz Vahrenholt sowie Klaus Töpfer.

Doch es gab auch kritische Stimmen zum Wasserstoff: Schon 2001 wurde die »grüne Wasserstoffwirtschaft« von Hermann Scheer, viele Jahre MdB der SPD und Gründer von Eurosolar, kritisiert. Die Umwandlungsverluste (Strom–Wasserstoff–Strom) seien viel zu hoch, und die kostbare Sonnenenergie werde besser direkt genutzt, z. B. für Elektromobilität. So schrieb er zum Beispiel: »Wer heute von großartigen Wasserstoffperspektiven redet, (...) hat die Produktion von Wasserstoff mit Atomstrom im Auge, ohne es offen zugeben zu wollen.« Ein weiterer prominenter Kritiker ist der Ingenieur Ulf Bossel. Als Experte für Brennstoffzellen wurde er schon 1986, vor der Konferenz von Rio, von Stephan Schmidheiny als Leiter für das Projekt einer Wasserstoffwirtschaft unter dem Dach des Konzerns BBC rekrutiert und in die Schweiz geholt. Die Zeit berief sich auf ihn und schrieb am 7. Oktober 2004 unter dem Titel »Mär vom Wasserstoff«: »Staatschefs und Ökotionäre schwärmen von der »Zukunftsenergie«. Doch physikalisch betrachtet, ist die Wasserstoffwirtschaft reine Energieverschwendung.« :

<https://www.jungewelt.de/artikel/334603.atomausstieg-gab-s-nie.html>

Sackgasse Wasserstoffwirtschaft - Unumkehrbare Weichenstellung für die nukleare Option - Im Jahr 2008 wurde vom Forschungszentrum Jülich (Autor Rainer

Moormann) die Studie »Eine sicherheitstechnische Neubewertung des Betriebs des AVR-Kugelhaufenreaktors und Schlussfolgerungen für zukünftige Reaktoren« veröffentlicht. Die Abkürzung AVR meint Arbeitsgruppe Versuchsreaktor. So unspektakulär war der Mythos der »wirklich sicheren Kernenergie« nachhaltig entzaubert. Verzögert, aber um so heftiger kamen Reaktionen der HTR-Community. Lautstark protestierten vor allem Hermann Josef Werhahn, der Jülicher Institutsleiter Professor Kurt Kugeler, der bei Schulten promoviert hatte, und Urban Cleve, der für BBC maßgeblich an Planung, Bau und Inbetriebnahme des AVR-Reaktors in Jülich beteiligt gewesen war.

Die Begeisterung für die nukleare Wasserstoffproduktion basiert – neben der Faszination für die Möglichkeiten von Wasserstoff – vor allem auf dem Irrglauben, diese Atomtechnik sei endlich »wirklich sicher«. Es handle sich um einen »Walkaway-safe-Reaktor«, angeblich könne man bei einem Störfall mit der Mannschaft erst einmal in Ruhe eine Pizza essen gehen, bevor man reagieren müsse. Werhahn sagte nach Erscheinen der Jülicher Studie in einem Interview: »Der Kugelbettreaktor ist nicht nur idiotensicher, er ist auch schurkensicher und sogar raketenfest!«

Wegen des fehlenden Entsorgungsnachweises konnte 1987 für das Hochtemperaturreaktor-Demonstrationsprojekt »THTR-300« in Hamm nur eine vorläufige Betriebsgenehmigung erteilt werden. Der Reaktor wurde schon 1989 freiwillig abgeschaltet, da nach 1990 sowieso keine Betriebsgenehmigung mehr möglich war. Bis heute gibt es keine Lösung für die Entsorgung von radioaktivem Abfall.

BBC bzw. ABB und Siemens verlagerten 1988 die Weiterentwicklung der HTR-Technologie nach Südafrika. Geplant war der Bau von 20 bis 30 Reaktoren in Südafrika und nachfolgend der Vertrieb von 10.000 bis 20.000 Reaktoren, um den geschätzten weltweiten Bedarf zu decken. Die mehrheitlich staatliche Pebble Bed Modular Reactor (PBMR) Ltd. gab von 1988 bis 2008 etwa 1,2 Milliarden US-Dollar für Entwicklungskosten aus. Die Entwicklung wurde teilweise weiter in Deutschland unter der »rot-grünen« Regierung durchgeführt.

Die Neubewertung der Sicherheit 2008 durch Rainer Moormann vom Forschungszentrum Jülich überraschte auch die Planer in Südafrika. Nach einer Überprüfung wurde das Projekt »Kugelhaufenreaktor« 2010 in Südafrika und auch in anderen Ländern vorerst abgebrochen. Medienberichten zufolge bestellten stattdessen sowohl Südafrika als auch Jordanien 2013 konventionelle Kernkraftwerke zur Stromerzeugung von der russischen Rosatom. Obwohl die Erzeugung von Wasserstoff mittels Wind und Sonne Energieverschwendung ist und obwohl der HTR nicht sicher ist, wird weltweit unbeirrt versucht, eine Wasserstoffwirtschaft durchzusetzen: Im Januar 2017 wurde das Hydrogen Council auf Initiative von

Daimler, BMW, Linde und zehn weiteren Firmen gegründet.

Japan realisiert derzeit ein Demonstrationsprojekt mit 40.000 Brennstoffzellenautos. Der Wasserstoff wird in Malaysia aus Erdgas produziert. In Zukunft soll der Wasserstoff mittels Kernenergie produziert werden, so wie es im Jahr 1953 festgelegt worden war: <https://www.jungewelt.de/artikel/334604.sackgasse-wasserstoffwirtschaft.html>

Die Endlagersuche wird politisch

Ganz unabhängig sollte ein Gremium den Prozess begleiten. Nun benennt Sachsen einen neuen Experten - und das Gremium bangt um seinen Ruf.

Von Michael Bauchmüller, Berlin

Die Schöpfer der neuen Endlagersuche wollten wirklich alles richtig machen. Nicht noch einmal sollte am Ende ein Gorleben stehen, dessen Auswahl in Hinterzimmern stattfand - und das schon deshalb nicht mehr durchzusetzen war. Deshalb schufen Experten, Bund und Länder das "nationale Begleitgremium", kurz NBG: für die "vermittelnde und unabhängige Begleitung des Standortauswahlverfahrens". Das Gremium soll Einsicht in alle Unterlagen und Akten bekommen, es soll Rat bei Experten einholen dürfen und seinerseits Ratschläge abgeben, alles ganz unabhängig. Doch eine Neubesetzung könnte diese Unabhängigkeit nun herausfordern.

Noch vor der Sommerpause 2018 sollen Bundestag und Bundesrat sechs weitere Mitglieder in das derzeit neunköpfige Gremium schicken. Das Vorschlagsrecht liegt bei den Bundesländern. Unter den sechs "anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" findet sich, auf Vorschlag Sachsens, auch Wolfram Kudla. Kudla ist Professor an der Bergakademie Freiberg und lehrt dort Bergbau. Er war schon Mitglied der Endlagerkommission, die das ganze Suchverfahren ausgeheckt hat, und gilt als Spezialist für Salzstöcke. Allein das machte ihn Gorleben-Gegnern suspekt - schließlich sollte auch dort der Atommüll im Salz gelagert werden. Vor allem aber wurden und werden Forschungsvorhaben Kudlas von Bundesministerien gefördert. Das macht die Besetzung zum Politikum.

Denn nach Auffassung des Bundesumweltministeriums bestehen gegen die Berufung Kudlas "durchgreifende rechtliche Bedenken". Das NBG müsse "schon jeden Anschein vermeiden, eines seiner Mitglieder könnte sich von anderen, wirtschaftlichen Interessen im weitesten Sinne und die etwaige Aussicht auf künftige Forschungsbeauftragung leiten lassen". In einem Schreiben an seinen Kollegen im Wirtschaftsministerium warb Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth schon Anfang Juni für eine "gemeinsame Sichtweise zu dem daraus folgenden Ausschluss einer Berufung". Doch die gemeinsame Sichtweise konnten beide Häuser nicht finden.

Mittlerweile kommt Widerstand auch aus dem Begleitgremium selbst. Alle neun Mitglieder seien in dieser Frage einer Meinung, sagt der Co-Vorsitzende des NBG, der einstige Bundesumweltminister Klaus Töpfer. "Wir legen allerhöchsten Wert darauf, dass das Kriterium der völligen Unabhängigkeit gewährleistet ist." Sollte sich einzelnen Mitgliedern eine Befangenheit unterstellen lassen, "würde das Gremium in seiner Funktion und Wirkungsmöglichkeit deutlich beschnitten". Zuvor hatte das Land Baden-Württemberg einen Vorschlag aus eben diesem Grund zurückgezogen. Es wollte eine Wissenschaftlerin des Öko-Instituts in das Gremium entsenden - das aber ebenfalls von Aufträgen profitiert. Das Land benennt nun einen Experten, der kurz vor dem Ruhestand steht.

Doch alle Interventionen könnten ins Leere laufen. Die Regierung kann in der Causa nichts unternehmen, den Wahlvorschlag verabschieden Bundesrat und Bundestag. Im Bundesrat, der sich Anfang Juli damit befassen will, gilt die Annahme als sicher. Schon, weil die Konferenz der Ministerpräsidenten den Vorschlag vorige Woche abgesegnet hat - mit Kudla. Einzig in der SPD regt sich Widerstand. Zwar gelte das Vorschlagsrecht des Bundesrates, sagt SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch. "Wenn aber bei der Benennung einer Person durchgreifende rechtliche Bedenken bestehen, kann es keinen Automatismus geben." Schließlich sei das Ziel des NBG, Vertrauen zu schaffen. "Dieses Ziel", sagt Miersch, "dürfen wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen." : <http://www.sueddeutsche.de/politik/atommuell-die-endlagersuche-wird-politisch-1.4025630>

Atomexperte kritisiert, dass Rheinland-Pfalz nicht gegen Cattenom klagt (Video)

Ayl. Der Atomexperte Dieter Majer kritisiert das Land Rheinland-Pfalz dafür, dass es nicht gegen den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Cattenom klagen will. Das sagte Majer auf einer Diskussionsveranstaltung in Ayl (Kreis Trier-Saarburg). Von Bernd Wientjes

Der Atomexperte, der nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Auftrag von Rheinland-Pfalz und dem Saarland die Sicherheit der sich seit 1986 am Netz befindenden Anlage untersucht hat, ist der Überzeugung, dass eine Klage gegen Cattenom Erfolg haben wird.

Er hält das vom Land gegen die Klage ins Feld geführten Kosten von angeblich 80 Millionen Euro eines solchen juristischen Vorgehens als zu hoch angesetzt und vorgeschoben.

Das Land habe seiner Ansicht nach gar kein ernsthaftes Interesse an einer Klage gegen Cattenom, sagte Majer am Rande einer Diskussionsveranstaltung des Radiosenders SWR 4 in Ayl im Gespräch mit volksfreund.de. Die Hürden, um juristisch gegen Cattenom vorzugehen, seien nicht so hoch, wie vom Land dargestellt. Mit einer solchen Klage könne der Druck auf Frankreich, den in die Jahre

gekommenen Reaktor, den Majer für ein Sicherheitsrisiko hält, abzuschalten:

https://www.volksfreund.de/region/atomexperte-kritisiert-dass-rheinland-pfalz-nicht-gegen-cattenom-klagt_aid-23516117??letter=20-06-2018

In Brokdorf wird geschlaupt

Der Informationsstil zu den geplanten Atommüll-Lieferungen sei „wie vor 40 Jahren“ beschwerten sich Atomkraftgegner*innen. Schlampig geht es auch beim Ausdrucken des Betriebshandbuches zu.

Das Betriebshandbuch ist die „Bibel“ eines jeden Meilers. Es befinden sich darin Angaben zu „situationsbedingt anzuwendenden Fahrweisen“ oder „verbindliche Anweisungen zur Ausführung von Schalthandlungen“ und es dient dem Personal daher als „wichtige Arbeitsgrundlage“, so die Atomaufsicht Schleswig-Holstein. Laut Betreiber Preußen Elektra (EON) wird das Handbuch „fortlaufend aktualisiert“. In Brokdorf wird auf ca. 16.800 Seiten den Bediener*innen dieses höchst komplexen Reaktor-Systems jeder Handgriff vorgeschrieben. Auch, um den Einfluss der „Fehlerquelle Mensch“ bei einem Störfall so gering wie möglich zu halten. Bei jeder erdenklichen Situation soll das Personal in dem Buch nachlesen können, wie zu reagieren ist. In der Vergangenheit sind diverse Reaktorunfälle auf Fehleinschätzungen und -bedienungen zurückzuführen - Beispiel Tschernobyl.

Dieses umfangreiche Handbuch wird natürlich in einem Textverarbeitungssystem auf einem Computer gepflegt. Damit es auch bei einem kompletten Stromausfall nutzbar bleibt, muss es ausgedruckt werden.

Die Schleswig-Holsteinische Atomaufsichtsbehörde hat kürzlich in zwei Kapiteln des gedruckten Buches fehlende Textpassagen festgestellt. In beiden Fällen hatten Ergänzungen des Textes zu Seitenumbrüchen geführt. Hierbei waren die betroffenen Textpassagen nicht auf die jeweiligen Folgeseiten übernommen worden - und fehlten damit in der ausgedruckten Fassung des Betriebshandbuchs.

Während der Betreiber vorgibt, dass die fehlenden Textzeilen „keine Auswirkungen auf den Anlagenbetrieb“ hätten, sieht die Atomaufsicht einen „systematischen Fehler“ und verordnet Meldepflicht: Es soll sich bei den betroffenen Kapitel um einen „Teil der Sicherheitsspezifikationen“ gehandelt haben.

Castor kommt - Informationspolitik auch schlampig

Bekanntlich soll ein Castor-Transport aus der britischen Wiederaufarbeitungsanlage in das Zwischenlager Brokdorf rollen. Deshalb lud die Bürgermeisterin Elke Göttsche betroffene Bürger*innen zu einem Infoabend in das AKW-Infohaus ein. Es kamen auch Vertreter des Bundesumweltministeriums, der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH und des Kraftwerksbetreibers - sie alle zeigten sich zufrieden,

weil die Erwartungen nach umfangreicher Information „voll erfüllt“ worden seien. Anwesende Kritiker*innen sprechen hingegen von einem „Greenwashing“ und bewerten die Veranstaltung anders: Die Antworten auf kritische Nachfragen seien „banal“ gewesen. Der Informationsstil erinnere an die Zeit, als um den Bau des Kraftwerks gestritten wurde: Es gäbe bei der Zwischenlagerung „kein Restrisiko“, alles sei heute und auch zukünftig sicher, die Einlagerung der Castoren sei „alternativlos“. Auch wenn die Lagerungsgenehmigungen für die Behälter nach 40 Jahren mangels eines Atommülllagers auslaufen und deshalb deutlich verlängert werden müssen, sei alles „kein Problem“. So hätten Kraftwerksbetreiber und Behördenmitarbeiter die Situation dargestellt. Diesen Stil bewertet der Grünen-Landtagsabordnete Bernd Voß als einen „Rückfall in die 70er Jahre“.

Widerlegt wurden Darstellungen der Presse, dass der Atommülltransport schon im Jahr 2018 stattfinden könnte. Die Planungen sehen vor, dass 2019 der Transport vom französischen La Hague in das AKW Philippsburg durchgeführt werden soll. Erst danach kommen die 21 Behälter aus England zurück nach Deutschland. Für Brokdorf wurde die Einlagerung im Zwischenlager im Herbst 2017 beantragt. In den Jahren 2020 bis 2022 sollen die Lieferungen zum AKW Isar, Biblis und Brokdorf erfolgen - eine Atommüllfuhr pro AKW und Jahr. In welcher Abfolge wurde nicht genannt.

Auch über den logistischen Ablauf wird noch geschwiegen. Klar ist, dass die Atommüll-Behälter mit dem Schiff aus Sellafeld kommen werden. Wo sie entladen werden, ist noch unbekannt. Atomkraftgegner*innen diskutieren bereits Protest-Konzepte.

Kraftwerksbetreiber Preußen Elektra hat unterdessen „kontinuierliche und dauerhafte Informationen“ angekündigt. Künftig dann hoffentlich auch inhaltlich gehaltvoller als das seit 40 Jahren bekannte „Greenwashing“ der Atomlobby:

<https://www.ausgestrahlt.de/blog/2018/06/20/brokdorf-wird-geschlampt/>

Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de mit Videos

u. a. im www.t1p.de/busverlag

Weitere Infos:

.) Die nächste Katastrophe zeichnet sich ab: Aus Zwischenlagerung wird Dauerlagerung -Das Atommüllkarussell dreht sich. Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Müll wurde gerade „neu“ gestartet. Dass nicht nur Bayern und Sachsen gern am Salzstock Gorleben kleben, ist hier nicht das Thema. Das Thema lautet: Wie die Öffentlichkeit über die Gefahren der Zwischenlagerung hinweggetäuscht wird. Wolfgang Ehmke geht diesen Fragen nach:
<https://de.indymedia.org/node/22004>

.) Eine neue Welle von Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Bure: nicht tolerierbar - CEDRA u. EODRA, Hauptorganisatoren des 16.6. gegen das Atomklo verurteilen fest die laufenden Hausdurchsuchungen bei mehreren Projektgegnern und im Haus des Widerstands. Aktuell sind mind. 10 Standorte von Aktivisten durchsucht worden und ca. 50 Gendarmen stehen vor dem Haus d. W, evakuieren mit Identitätskontrollen und Fotos von Personen, die sich dort befanden. 7 Personen sind verhaftet: <http://de.vmc.camp/2018/06/20/pressemitteilung-cedra-eodra-zu-den-durchsuchungen/>

.) Standort-Initiativen fordern Zwischenlager-Dialog auf Augenhöhe - Betroffene wollen gesellschaftliche Verständigung über Atommüll-Lagerung bis mindestens Ende des Jahrhunderts -Anti-Atom-Initiativen von den Standorten der Zwischenlager mit hochradioaktivem Müll wenden sich mit einem Positionspapier „Gelingens-Bedingungen für einen Zwischenlager-Dialog“ an das Atommüll-Bundesamt (BfE). Anlass ist das heute vom Bundesamt veranstaltete „Forum Zwischenlagerung“ in Berlin, das von der Behörde als Teil eines „Zwischenlager-Dialogs“ angekündigt wurde: <https://www.ausgestrahlt.de/presse/uebersicht/standort-initiativen-fordern-zwischenlager-dialog/>

.) Kernkraftwerk Grafenrheinfeld Bund Naturschutz reicht Klage gegen Atommüll-Lager ein - Der Bund Naturschutz hat gegen das geplante Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Landkreis Schweinfurt beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Klage eingereicht. Das erklärte der BN dem BR: <https://www.br.de/nachricht/unterfranken/inhalt/klage-bund-atommuell-lager-grafenrheinfeld-100.html>

.) Bürgerbeteiligung ade - Wie der in dem Salzbergwerk Asse II in Niedersachsen lagernde Atommüll rückgeholt werden soll, ist noch immer nicht geklärt. Die Politik schafft Fakten und beschneidet den Einfluss von Bürgerinitiativen - Andreas

Riekeberg engagiert sich im Asse-II-Koordinationskreis (www.asse-watch.de), einem unabhängigen Gremium zur Koordination von Bürgerinitiativen, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen. Er schrieb an dieser Stelle über die Asse: <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/335846.b>

.) Die Zukunft des Atommülls in Jülich bleibt ungewiss - Seit 2013 ist die Genehmigung für die Aufbewahrung von rund 290.000 radioaktiven Kugeln im ehemaligen Versuchsreaktor in Jülich abgelaufen. Doch noch immer lagert der atomare Abfall dort. Drei Lösungsmöglichkeiten stehen derzeit im Raum: <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/atomkugeln-juelich-westpol-100.html>

.) Fässer mit Atommüll werden verpackt - Fast 1500 Atommüllfässer im Zwischenlager Leese (Kreis Nienburg) sollen bis zum Jahr 2030 für die Endlagerung verpackt werden. Ab Ende 2019 sollen dafür pro Jahr etwa 150 Fässer nach Jülich (Nordrhein-Westfalen) gebracht werden, teilte das niedersächsische Umweltministerium am Donnerstag in Hannover mit. Die Kosten von zehn bis 15 Millionen Euro würden vom Bund erstattet: https://www.nwzonline.de/politik/niedersachsen/hannover-faesser-mit_a_50,1,4268272936.html

.) Neuer Atommüll-Transport nach Jülich dauert zehn Jahre - Nuklearer Abfall soll nachbehandelt werden: <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/atommuellfaesser-von-niedersachsen-nach-juelich100.html>

.) Atomklo Bure, der Widerstand geht – trotz Repression – weiter - Der Herbst 2018 war heiß um das französische Atomkloprojekt in Bure (Lothringen). Es ist damit zu rechnen, dass die Cigéo Bauherrin ANDRA mit Bautätigkeiten fortfährt. Dies obwohl das Endlager noch gar keine Baugenehmigung hat. „Vorarbeiten“ seien aber angeblich zugelassen. Es wird vermutet, dass der Bau der künftigen CASTOR-Bahn im Herbst startet (hier ein Aufruf um diese zu verhindern). Sowie der Bau eines Trafos, der Strom für Cigéo liefern soll. Die Rodung des 1,5 Jahr besetzten und im Februar geräumten Bois-Le-Juc ist auch zu befürchten. Dort will die ANDRA Bohrungen für künftige Lüftungsschächte durchführen: <https://de.indymedia.org/node/22812>

.) Atommüll hinter der Grenze - Bürgerinitiative Bayerischer Wald protestiert gegen ein mögliches Endlager in Manovice nahe Klattau. Hochradioaktiver Müll - Die Zwischenlager in den tschechischen Atomkraftwerken Temelin und Dukovany füllen

sich mit hochradioaktivem, atomarem Müll. Tschechien ist auf der Suche nach einem atomaren Endlager. Das Areal bei dem kleinen Dorf Manovice, eine dünnbesiedelte Region 25 Kilometer südöstlich von Klattau und Luftlinie 70 Kilometer entfernt von Cham befindet sich in der engeren Standortauswahl:

<https://www.mittelbayerische.de/region/cham-nachrichten/atommuell-hinter-der-grenze-20909-art1670755.html>

.) Atomkonzern an Gutachten beteiligt - Die Reaktoren Doel 3 und Tihange 2 seien weitgehend unbedenklich - so ein Gutachten. Doch daran haben Mitarbeiter eines Atomkonzerns mitgewirkt, der von einem Weiterbetrieb der Reaktoren profitieren würde: <http://www.tagesschau.de/kritik-tihange-gutachten-101.html>

.) Atommüll-Endlager Konrad - Bei den Bürgerinitiativen, die seit Jahrzehnten alles daran setzen, um das Endlager Konrad zu verhindern, weckt der Umbau eines bestehenden Bergwerks allerdings düstere Assoziationen: Aus dem nahe gelegene Salzstock Asse bei Wolfenbüttel – ebenfalls ein zum Endlager umgebautes ehemaliges Förderbergwerk – müssen wegen eines drohenden Wassereinbruchs 126 000 Fässer mit Atommüll wieder geborgen werden:

https://www.nwzonline.de/kommentare-der-redaktion/selbst-ueberzeugen_a_50,2,812646276.html

.) Karte deutscher Atom-Standorte - Abstract: 14. August 2018 .ausgestrahlt hat sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, vorhandenes Wissen über die Atomenergie und ihre Gefahren aufzuarbeiten und für viele nachvollziehbar öffentlich darzustellen. Unsere neueste Idee dazu ist die Karte der Atom-Standorte auf der .ausgestrahlt-Webseite. Was Du dort findest, ist ein erstes Arbeitsergebnis, in dem zugegebenermaßen schon eine Menge Arbeit steckt, an der sich neben dem Webteam im .ausgestrahlt-Büro auch Jan Becker aus dem Wendland beteiligt hat:

<https://de.indymedia.org/node/23493>

.) Das Endlager ist nicht vom Tisch - In Gorleben ist es ruhig geworden. Geschlossen werden die Erkundungschächte aber nicht – der Bund sucht einen Standort:

<https://www.taz.de/Atommuell-in-Deutschland/!5529605/> (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

.) jetzt, kurz vor dem geplanten "Abschalten" - aber das ist ja nicht für die Bedrohung deutscher "sicherer" AKWs, sondern für die Bedrohungen durch

"unsichere" ausländische AKWs" - und dann wird gemessen und es werden Lagebilder erstellt, um Gefahrenabwehr betreiben zu können statt der gebotenen Vorsorge, die nur eine Lösung kennt: sofort abzuschalten - irrwitzig! Gruß Claudia <https://www.bmu.de/faqs/strahlenschutzgesetz/> (Unsere Anmerkung: Gemäß "Neusprech" wird Bestrahlungserlaubnis der Bevölkerung Strahlenschutz genannt – siehe: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Staatliche-Sprachfallen-meiden5.pdf>

.) Atomunglück von Tschernobyl „Nach und nach wurden die Kinder vergessen“: <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article181320034/Atomunglueck-von-Tschernobyl-Verein-Pryvit-hilft-Kindern.html>

.) Gorleben: Wird Salzstock zum Erlebnisbad? - Ob der Salzstock im Erkundungsbergwerk in Gorleben (Landkreis Lüchow-Dannenberg) einmal Endlager für radioaktiven Müll wird, ist noch immer unklar. Zwar wurde die Erkundung im Zuge des Neustarts der Endlagersuche eingestellt, um eine Vorfestlegung auf den Standort zu vermeiden. Doch das Thema ist noch nicht vom Tisch. Sollte Gorleben aber am Ende nicht infrage kommen, haben die Umweltschützer schon eine besondere Nutzung im Auge: Der Salzstock könnte ein Platz für "Erlebnistourismus" sein. Denkbar sei eine Kombination mit untertägigen Heilstollen, schreibt die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg in ihrer aktuellen "Gorleben Rundschau": https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Gorleben-Wird-Salzstock-zum-Erlebnisbad,gorleben1884.html

.) Atomares Endlager wird 600 Millionen Euro teurer - Das geplante Atommüllendlager Schacht Konrad wird nicht nur später in Betrieb genommen, sondern auch deutlich teurer als geplant. Mittlerweile gehen die Verantwortlichen von Gesamtkosten in Höhe von 4, 2 Milliarden Euro aus: <http://www.neuepresse.de/Nachrichten/Niedersachsen/Atomendlager-Schacht-Konrad-Kosten-steigen-weiter>

.) Schacht Konrad Falsche Eile beim Atommüll - Reimar Paul hält die Verschiebungen bei Schacht Konrad für symptomatisch Atommüll in alten Bergwerken zu lagern, ist keine gute Idee. Das zeigt das Beispiel Asse. In das frühere Salzbergwerk dringt Wasser ein, das gesamte Grubengebäude droht einzustürzen. Das zeigt auch das Beispiel Morsleben, wo tonnenschwere Salzbrocken von den Decken krachten. Trotzdem macht die Bundesregierung bei Schacht Konrad denselben Fehler. Ohne

vergleichendes Auswahlverfahren wurde ein altes Bergwerk zum Endlager bestimmt: https://www.neues-deutschland.de/artikel/1099837.schacht-konrad-falsche-eile-beim-atommuell.html?pk_campaign=Newsletter (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Jetzt nicht, ich will weiterlesen" klicken.)

.) Strahlender Staub - Die Vorbereitungen für die Räumung des maroden Atommülllagers Asse II im Kreis Wolfenbüttel kommen nur ganz langsam voran. Nachdem Ingenieure und Bergleute der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) im Sommer des vergangenen Jahres in einer angebohrten Kammer mit radioaktiven Abfällen Gasproben entnehmen und messen konnten, gelang ihnen das nun auch mit einer Staubprobe aus der Kammer. Eine erste Auswertung ergab, dass im Staub radioaktive Stoffe erhalten sind: https://www.weser-kurier.de/region/niedersachsen_artikel,-strahlender-staub-_arid,1767141.html

.) Im umstrittenen tschechischen Atomkraftwerk Temelin ist es bei Reinigungsarbeiten zu einem Zwischenfall gekommen. Statt in einen Sammelbehälter hätten Arbeiter am vorigen Freitag schwach radioaktives Wasser in ein Kanalnetz geleitet, teilte Akw-Sprecher Marek Svitak am Montag mit. Die Flüssigkeit mit einem Volumen von 12 Kubikmetern sei in einem Auffangbecken der internen Kläranlage gelandet. Mitarbeiter hätten dort einen erhöhten Zufluss festgestellt: <https://www.rosenheim24.de/politik/atomkraftwerk-temelin-zwischenfall-an-deutsch-tschechischen-grenze-zr-10227904.html>

.) Brandgefährlich: So marode ist der Brandschutz in Europas Atomkraftwerken - Von Betreibern, die auf Zeit spielen – und Behörden, die sie gewähren lassen Deutsche Atomkraftwerke haben ein Sicherheitsproblem: ihre Brandschutzklappen sind Jahrzehnte alt. Unterlagen aus dem Inneren des französischen Atomgiganten EDF zeigen, mit welchen Tricks Betreiber die erlaubten Grenzwerte einfach selbst ändern. Und wie Aufsichtsbehörden alles absegnen – auch in Deutschland. Dies ist auch die Geschichte zweier Whistleblower, die vergebens warnen. Eine gemeinsame Recherche mit dem RTL Nachtjournal und Mediapart: <https://correctiv.org/recherchen/stories/2018/09/12/feuergefährdet-so-altersschwach-ist-der-brandschutz-in-europas-atommeiler/>

.) Das havarierte AKW Fukushima ist weiterhin durch Tsunamis gefährdet -Tepco will zum Schutz eine weitere Mauer bauen, um zu verhindern, dass große Mengen an radioaktivem Wasser aus den Reaktorgebäuden und den hunderten Tanks auf dem Gelände weggespült werden. Anfang September traf der Taifun Jebi auf den

Westen von Japan. Es soll der stärkste Taifun seit 25 Jahren gewesen sein. Kurz darauf erschütterte ein Erdbeben der Stärke 6,6 die Insel Hokkaido im Norden. Beschädigt wurde ein Wärmekraftwerk, weswegen zeitweise Millionen von Haushalten keinen Strom mehr hatten. Auch das AKW Tomari war davon betroffen. Es ist zwar seit Anfang 2012 nicht mehr am Netz, doch in den Kühlbecken lagern über 1200 Brennstäbe. Der vorübergehende Stromausfall für die Kühlung musste von Dieselnotstromgeneratoren kompensiert werden:

https://www.heise.de/tp/features/Auch-das-havarierte-AKW-Fukushima-ist-weiterhin-durch-Tsunamis-gefaehrdet-4165959.html?wt_mc=nl.tp-aktuell.taeglich

.) Japan setzt weiterhin auf Atomstrom - Die Atomaufsicht gibt grünes Licht für jahrzehntealten Reaktor -Tokio. Siebeneinhalb Jahre nach dem GAU im Atomkraftwerk Fukushima Daiichi hat Japans Atomaufsicht das Wiederauffahren eines fast 40 Jahre alten Reaktors nahe Tokio erlaubt. Das berichteten japanische Medien am Mittwoch. Es ist das erste Mal, dass die Atomaufsicht einen von der damaligen Tsunamikatastrophe betroffenen Meiler wieder anfahren lässt. Wann der Reaktor in der gleichnamigen Stadt Tokai wieder ans Netz geht, ist noch unklar. Denn die Bauarbeiten zur Verstärkung der Sicherheit der Anlage werden noch bis mindestens März 2021 andauern. Zudem steht noch die Einwilligung der örtlichen sowie aller umliegenden Gemeinden aus. Ferner müssen noch zwei weitere Sicherheitsprüfungen vorgenommen werden als Bedingung dafür, dass der Reaktor bis zu 20 weitere Jahre laufen darf.

Der Meiler Tokai Nummer Zwei ist bereits die achte Atomanlage, die von der Atomaufsicht die Genehmigung zum Wiederauffahren erhalten hat. In Folge des Gaus in Fukushima hatte Japan zwischenzeitlich sämtliche Meiler im Land heruntergefahren. Die Regierung hält jedoch grundsätzlich am Atomstrom fest. Zum Neustart müssen Meiler jedoch zuerst deutlich verschärfte Sicherheitsbedingungen erfüllen. Angesichts der Sorgen der örtlichen Bevölkerung sind von Japans 39 funktionsfähigen Reaktoren bisher aber nur eine Handvoll am Netz:

https://www.neues-deutschland.de/artikel/1101680.japan-setzt-auf-atomstrom.html?pk_campaign=Newsletter

.) Mayak-Komplex Russland schweigt zum Atomunfall - Ein Jahr nach dem mutmaßlichen Austritt radioaktiven Materials aus dem Mayak-Komplex sind noch viele Fragen offen. Auch nach einem Jahr ist der größte Atomunfall seit Fukushima nicht aufgeklärt: Obwohl die Indizien dafür sprechen, dass hinter den europaweit erhöhten Strahlenwerten vom vorigen Oktober ein Vorfall im berühmten Atomkomplex Mayak im südlichen Ural steckt, verweigern die russischen Behörden die vollständige Aufklärung. Das geht aus einer Antwort des

Bundesumweltministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor, die der Frankfurter Rundschau vorliegt. Demnach offenbart der Vorgang nicht nur die Schwächen des geltenden internationalen Frühwarnsystems. Die Bundesregierung befürchtet wegen der offenen Fragen sogar, dass sich vergleichbare Unfälle wiederholen:

<http://www.fr.de/politik/mayak-komplex-russland-schweigt-zum-atomunfall-a-1593128,0#artpager-1593128-1>

.) Sellafeld-Castoren kommen frühestens 2020 nach Brokdorf:

<http://www.ln-online.de/Nachrichten/Wirtschaft/Wirtschaft-im-Norden/Sellafeld-Castoren-kommen-fruehestens-2020-nach-Brokdorf>

.) Eine Weltkarte atomarer Verwüstung - Die Ärzteorganisation IPPNW hat eine interaktive Karte zu den weltweiten Gesundheits- und Umweltfolgen der nuklearen Kette veröffentlicht. Unter <http://www.hibakusha-weltweit.de%20/> (deutsch) und www.hibakusha-worldwide.org (englisch) können sich Interessierte über Orte auf der ganzen Welt informieren, an denen sich die katastrophalen Folgen der nuklearen Kette für Mensch und Umwelt exemplarisch zeigen: https://oekonews.at/?mdoc_id=1120298

.) Zwischenlager Ilseburg macht Front gegen Atommüll - Im Endlager in Morsleben (Bördekreis) ist zunächst Atommüll aus der DDR und nach der Wende aus ganz Deutschland eingelagert worden. Das Lager wird nicht weiter mit Müll beschickt. Perspektivisch wird allein Schacht Konrad bei Salzgitter für die Endlagerung von mittel- und schwachradioaktivem Müll genutzt. Dafür wird nun ein Bereitstellungslager gesucht – spekuliert wird über Ilseburg. Spekulationen über ein mögliches Atommüll-Zwischenlager sorgen in Ilseburg für Aufruhr. Klar scheint nur, dass nichts klar ist: <https://www.volksstimme.de/lokal/wernigerode/zwischenlager-ilseburg-macht-front-gegen-atommuell>

.) Demo gegen Endlager Schacht Konrad „Absurd und gefährlich“ 1.000

Atomkraftgegner demonstrieren in Niedersachsen gegen das Endlager Schacht Konrad. Traktoren und Räder rollen beim Anti-Atom-Treck mit. Mehrere Trecker haben gelbe Fässer mit schwarzem Radioaktivitätszeichen geladen, von anderen wehen Fahnen mit der Anti-Atom-Sonne. Autofahrer hupen, Radlerinnen klingeln, in manchen Fenstern stehen Leute und winken. Mehr als 40 Landwirte rollen mit ihren Traktoren im Konvoi mit, an die 300 Demonstranten sind mit dem Rad gekommen. Der Protest richtet sich gegen das in Bau befindliche Atommüllendlager Schacht Konrad in Salzgitter, gleichzeitig wird mehr Tempo angemahnt bei der Bergung der

radioaktiven Abfälle aus dem maroden Atommülllager Asse bei Wolfenbüttel:
<http://www.taz.de/!5544580/>

.) Hacker erbeuten Pläne von Atomanlagen -

Hacker haben offenbar Tausende sensible Dateien von den Servern eines französischen Konzerns gestohlen, der unter anderem am Bau von Atomanlagen und Gefängnissen beteiligt ist: <https://www.fuldainfo.de/bericht-hacker-erbeuten-plaene-von-atomanlagen/>

.) Endlagersuche für Atommüll stockt - Bayern-Koalition sieht keinen Standort im Freistaat / Daten werden zurückgehalten - Die beiden Sätze stehen auf Seite 31 des Koalitionsvertrages von CSU und Freien Wählern. Unter der Kapitelüberschrift »Für eine gesunde Umwelt« heißt es: »Wir denken beim Schutz unserer Heimat über Generationen hinaus. Wir sind überzeugt, dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Atomendlager ist.« Bayern hatte gemeinsam mit Sachsen der Suche nach einem Atommüll-Endlager schon früher Steine in den Weg gelegt: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1106033.atomkraft-endlagersuche-fuer-atommuell-stockt.html> (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Jetzt nicht, ich will weiterlesen" klicken.)

.) „So etwas wäre eine Katastrophe“ Herzlake lehnt Atommüll-Endlager ab - Die Nachricht, das fünf emsländische Orte auf einer Liste möglicher Standorte für ein Atommüll-Endlager auftauchen (wir berichteten), hat in der Region Aufsehen und Ablehnung hervorgerufen. So auch in der Samtgemeinde Herzlake, einem der genannten Orte: <https://www.noz.de/lokales/herzlake/artikel/1572632/herzlake-lehnt-atommuell-endlager-ab>

.) In Norddeutschland wurden acht Atomkraftwerke errichtet.

Lingen: Baubeginn 1. 10. 1964, Betriebsbeginn 1. 10. 1968, Leistung 268 Megawatt (MW), Stilllegung 5. 1. 1977, im Einschluss.

Stade: Baubeginn 1. 12. 1967, Betriebsbeginn 19. 5. 1972, Leistung 672 MW, Stilllegung 14. 11. 2003, im Rückbau.

Brunsbüttel: Baubeginn 15. 4. 1970, Betriebsbeginn 9. 2. 1977, Leistung 806 MW, Stilllegung 6. 8. 2011, Rückbau in Planung.

Unterweser: Baubeginn 1. 7. 1972, Betriebsbeginn 6. 9. 1979, Leistung 1.410 MW, Stilllegung 6. 8. 2011, im Rückbau.

Krümmel: Baubeginn 5. 4. 1974, Betriebsbeginn 28. 3. 1984, Leistung 1.402 MW,

Stilllegung 6. 8. 2011, Rückbau in Planung.

Brokdorf: Baubeginn 1. 1. 1976, Betriebsbeginn 22. 12. 1986, Leistung 1.480 MW, Stilllegung geplant zum 31. 12. 2021.

Grohnde: Baubeginn 1. 1. 1976, Betriebsbeginn 1. 2. 1985, Leistung 1.430 MW, Stilllegung geplant zum 31. 12. 2021.

Emsland: Baubeginn 10. 8. 1982, Betriebsbeginn 20. 6. 1988, Leistung 1.406 MW, Stilllegung geplant zum 31. 12. 2022.

.) Das AKW Krümmel soll abgerissen werden. Doch längst nicht alle Anwohner und Umweltverbände sind mit dem Entsorgungskonzept von Betreiber Vattenfall einverstanden - Blühende Landschaften statt strahlender Meiler: Über den Abriss des Atomkraftwerks Krümmel bei Geesthacht wird ab dem morgigen Dienstag geredet. Im Sachsenwald Forum in Reinbek beginnt die mehrtägige öffentliche Erörterung der Pläne, wie sich Kraftwerksbetreiber Vattenfall den Abriss des Meilers und den Bau eines Zwischenlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle auf dem Werksgelände vorstellt. „Der Strahlenschutz steht auch bei der Stilllegung und dem Abbau eines Atomkraftwerks immer im Vordergrund“, beteuert Schleswig-Holsteins grüner Energieminister Jan Philipp Albrecht. Erst wenn die Meiler tatsächlich abgebaut werden, würde „der gemeinsam beschlossene Atomausstieg für jedermann sichtbar“. Der Atomreaktor in Krümmel war 2011 nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima stillgelegt worden. Allerdings war er bereits seit Juni 2007 wegen diverser Zwischenfälle abgeschaltet. Lange hatte er zudem in Verdacht gestanden, für die Häufung von Leukämieerkrankungen vor allem bei Kindern und Jugendlichen in der Elbmarsch oberhalb Hamburgs verantwortlich zu sein. Obwohl das nicht gerichtsfest belegt werden konnte, wurde er von Atomkraftgegnern gern „Krümmelmonster“ genannt: <https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5554343&s=sven-michael%2Bveit&SuchRahmen=Print/>